

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Rieser
Herausgeber
Herrn 1287
Postfach Nr. 58

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrats
zu Großenhain bestellte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Rieser
und des Hauptzollamtes Meißen

Postkontonr.
Dresden 1580
Stroßstraße
Rieser Nr. 58

Nr. 28

Donnerstag, 2. Februar 1939, abends

92. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 8 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postweg Nr. 214 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenrate (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesamte 40 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 8 Rpf., die 90 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundchrift: Zeile 8 mm hoch). Differenzgebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 60%. Bei fernmündlicher Anzeigenbestellung oder fernmündlicher Abänderung eingehender Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus. Rängein nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachschuß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Rieser. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Rieser, Goethestraße 58.

Roosevelt spricht für die Kriegsheker

Geheimnisvolle Erklärungen vor dem Militärausschuss des Senats

Waffenlieferungen der USA., allerdings nur gegen Bezahlung

11 New York. Roosevelt, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, hat gestern in einer vertraulichen Sitzung des Militärausschusses des Senats Ausführungen gemacht, die selbst in Amerika als höchst sensationell empfunden werden. Es ging in dieser Ansprache vor dem Militärausschuss um die Kritik, die in weitesten Kreisen der amerikanischen Öffentlichkeit an der Regierung wegen der Preisgabe militärischer Geheimnisse an Frankreich geübt wird. Roosevelts Erklärungen gingen über die Zurückweisung dieser Kritik weit hinaus, wenn das, was in den amerikanischen Zeitungen über die Beratungen vor dem Militärausschuss veröffentlicht wird, den Tatsachen entspricht.

Nach der Darstellung der heutigen Morgenblätter entwickelte Roosevelt vor dem Ausschuss in groben Zügen die Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik. Dabei soll er erklärt haben, die Vereinigten Staaten von Amerika sollten bereit sein, England und Frankreich im Falle eines Krieges jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren.

Nach dem Bericht der republikanischen „Gerald Tribune“ gewannen die Mitglieder des Ausschusses den Eindruck, daß nicht nur eine endgültige Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den europäischen Demokratien erfolgt sei, sondern bereits positive Verpflichtungen Amerika vorliegen. Roosevelts einzige Einschränkung der Bereitwilligkeit, gegen Berlin-Rom-Losung Kriegsbeihilfe zu leisten, sei der Hinweis auf die Tatsache gewesen, daß für diese Hilfe gezahlt werden müsse.

Auf die verbindliche Frage eines Senators, wie sich ein solches Versprechen zur Kriegshilfe mit der Neutralitätspolitik der Vereinigten Staaten vereinbaren lasse, erwiderte Präsident Roosevelt: „Wir werden die Brücke überschreiten, sobald sie erreicht wird“. Roosevelt wollte in dieser Ansprache vor dem Ausschuss die augenblickliche internationale Lage in den düstersten Farben und verteidigte sich schließlich in der Behauptung, daß Südamerika und Nordamerika die nächsten Angriffsziele der autoritären Länder sein würden, wenn es ihnen gelänge, die europäischen Demokratien militärisch niederzuzwingen.

Diese höchst ungewöhnliche Ausschussberatung im Weissen Haus dauerte 1 1/2 Stunden. Ein Konferenzteilnehmer meinte, Roosevelt habe offenbar versucht, die Mitglieder des Ausschusses mit dem vermeintlichen Ernst der internationalen Lage zu beschäftigen, um sie davon abzuhalten, sich mit „neinlichen Fragen“, wie der Erlaubnis für französische Luftfahrtverträge, in modernen amerikanischen Bombern mitaufzulegen, zu befassen.

Hoover geißelt die Politik seines Amtsnachfolgers

11 New York. Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, beschuldigt in einer durch Rundfunk über das ganze Land verbreiteten Rede seinen Amtsnachfolger Roosevelt, eine Außenpolitik zu betreiben, die Amerika unweigerlich in den Krieg hineinziehe.

Hoover weist dabei nach, daß jede vernünftige Überlegung, jede Erfahrung der Geschichte klar erkennen lasse, daß die Anwendung von Gewalt, von Drohungen, von wirtschaftlichen Sanktionen oder gar Krieg Unrecht niemals ausmachen und fremden Nationen niemals einen dauerhaften Frieden bringen könne. Die Außenpolitik, die Roosevelt jetzt aufreibe, müsse bei der Schwere ihrer Folgen vom amerikanischen Volk und vom Kongreß bestimmt werden und nicht allein vom Präsidenten. Schließlich sei es das Volk der Vereinigten Staaten, das in einem Kriege am Werke und sein Leben opfern müsse.

Hoover wirt Roosevelt vor, daß er sich anmaßt, festzustellen, wer die sogenannten Angreiferstaaten sind. Er sagt: „Sollen wir über Jahrhunderte alte Streitigkeiten zu Gericht sitzen, die begangen, lange bevor unsere Nation überhaupt geboren wurde? Ein großer Teil der Vereinigten Staaten von Amerika ist das Ergebnis von Angriffskriegen ebenso wie Teile des britischen oder französischen Weltreiches. Auf keinen Fall darf man Amerika mit einer solchen Aufgabe belasten. Jeder einzelne Fall einzeln Verwicklung muß im Kongreß besprochen und von den Gefühlen unserer rassistischen Vorkämpfer getrennt werden.“

Grobes Erkennen und Empörung

über die neuesten Erklärungen Roosevelts

11 Washington. Die durch Indiskretionen bekannt gewordenen Ausführungen Roosevelts vor dem Militärausschuss haben in Senatskreisen und in der Öffentlichkeit sehr geteilte Aufnahme gefunden. Zahlreiche Teilnehmer an der Konferenz machten aus ihrem Unmut über die ihnen auferlegte Schweigepflicht in einer für die Vereinigten Staaten lebenswichtigen Frage keinen Hehl. Insbesondere die republikanischen Senatoren verlangen Veröffentlichung der Begründung Roosevelts für die amtlich-öffentlich geförderten Kriegslieferungen. Mehrere Bundesjuristen, die dem Militärausschuss nicht angehören, verhehlen nicht ihre Besorgnis über die gefährlichen Folgen einer Politik nach den Wünschen Roosevelts. Der

Dazu schreibt der „Deutsche Dienst“:

Die Neuherungen des gegenwärtigen Präsidenten der Vereinigten Staaten vor dem Militärausschuss des Senats sind das erstaunlichste, was seit langem von einem vorantwortlichen amerikanischen Staatsmann gesagt worden ist. Man kann sie nur dahin auslegen, daß Roosevelt damit den Versuch machen will, den gewaltigen Eindruck der Rede des Führers in der gesamten Welt zu fassen. Der Führer hat die jüdisch-internationale Kriegshetze gebrandmarkt. Er hat die Hoffnung auf einen langen Frieden ausgesprochen. Nicht Roosevelt ist es, sondern die jüdisch-internationale Hete, die Roosevelt persönlich getroffen und in seinen Plänen gestört?

In diesem Zusammenhang sind die Meldungen über die umfangreichen Geschäfte, die an den internationalen Börsen in den letzten Tagen abgewickelt wurden, besonders aufschlußreich. Die Tatsache, daß sich nach der Führerrede auch die Börsen beruhigt haben, scheint nicht allen Kreisen in die Rechnung gekehrt zu haben, und vielleicht hofft man mit Hilfe einer neuen Debe neue Geschäfte in Szene setzen zu können.

Gerade in diesen Tagen wird die amerikanische Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt, daß Frankreich 700 Kampfflugzeuge allerneuesten Typs in Amerika ankauft. Es soll sich um Modelle handeln, die noch nicht einmal der amerikanischen Armee zur Verwendung zugänglich gemacht worden sind. Dieses Geschäft wurde mit Hilfe des amerikanischen Botschafters in Paris, Bullitt, der nebenbei bemerkt einer der intimsten Freunde Roosevelts ist und ein enger Vertrauter von Lenin war, durchgeführt. Bullitt steckte sich hinter den Präsidenten, der seinerseits den Juden Morgenthau, seinen Finanzminister, hierfür mobilisierte. Das Geschäft wurde gegen den Rat des Chefs der amerikanischen Delegation und Marineleitung unter Trud vom Weissen Haus gemacht. Nur durch einen Zufall kam die Angelegenheit ans Tageslicht und droht gegenwärtig in Amerika an einem Nischenandal zu werden. Millionen anständiger Amerikaner fordern eine Untersuchung vor der breiten Öffentlichkeit über diese Vorgänge, die man, wenn sie nicht vom Weissen Haus inspiriert wären, als Landesverrat bezeichnen würde. In die Enge getrieben, verurteilt Roosevelt jetzt durch Sensationssucht die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit wieder einmal verweigert vor sich abzulenken. Wenn Roosevelt, was einfach grotesk klingt, tatsächlich erklärt hat, daß Amerikas Grenzen in Frankreich liegen, so fragen wir das amerikanische Volk: „In Roosevelt hier das Ebenbild des Prof. Wilson aus dem Jahre 1917 oder des Prof. Wilson aus dem Jahre 1919?

Hoover weist in seiner Ansprache ferner darauf hin, daß die Politik Roosevelts, alle, aber auch alle Mittel auszuwenden, die nicht gerade Krieg bedeuten, eine unmittelbare Verletzung der Erklärung darstellen, die Americas Außenminister Hull in Lima abgegeben habe und deren Tiefe noch nicht 60 Tage trocken sei. Eine solche Politik stehe in direktem Widerspruch zu der traditionellen Politik der Vereinigten Staaten, die die Einmischung irgend eines Landes in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines Landes für unzulässig halte. Die „Sittlichkeit“ der Methode, Zivilbevölkerung vor allem Frauen und Kinder auszuhebeln, stehe nicht höher als diejenige, die durch Bombardierungen zu töten.

Durch eine solche Politik machten sich die Vereinigten Staaten von Amerika der ganzen Welt verdächtig, und ihre Folge wäre unzweifelhaft die, daß sich Mächtekoalitionen gegen ein solches Land bilden, ganz gleich, wie schön die Versprechen von „auter Nachbarnpolitik“ ertönen.

Aus allen Handlungen Roosevelts sei mit Sicherheit zu erkennen, daß die wichtigste Neuerung der Politik der Vereinigten Staaten in Krieg und Frieden seit dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg geplant sei.

Expräsident Hoover schloß seine Ansprache mit der Frage an die Rundhörer: „Sollen wir uns zu einem Angriffskrieg rufen? Sollen wir die Polizisten der Welt sein?“

republicanische Senator Johnson fragte: „Sind wir auf dem Wege zum Kriege? Das amerikanische Volk habe ein Recht zu erfahren, ob Feindseligkeiten aus den Kriegslieferungen an Frankreich entstehen könnten. Einem Senatsausschuss unter Auferlegung der Schweigepflicht etwas mitzuteilen, was nicht nur den Senat, sondern das gesamte Volk angehe, komme einem Versuch zur Entstellung von Tatsachen gleich.“

Auch in der Senatsdebatte, die am Mittwoch über die Waffenlieferungen stattfand, die seitweise einen recht hitzigen Verlauf nahm, kam lebhafter Kritik an Roosevelts Verhalten zum Ausdruck. Senator Reynolds wies auf das verwerfliche Treiben der Kommunisten in den Ver-

einigten Staaten hin. Sie täten ihr Möglichstes, sagte er, Amerika in einen Krieg hineinzuziehen. Senator Walsh erklärte, die Regierung solle sich um inneramerikanische Dinge kümmern, ehe sie sich als Beistritter über Gut und Böse einsetze; Senator Clark bezeichnete die von den Botschaftern Kennedy und Bullitt ausgehenden Pläne als den ersten schändlichen Versuch, den Militärausschuss des Senates einzuschüchtern; der zweite Versuch sei die Konferenz bei Roosevelt gewesen. Senator Lodge reichte im Senat einen Entschließungsentwurf ein, der verlangt, sämtliche Akten und die Korrespondenz über die vermutete geheime Verwendung des Stabilisierungsfonds für Waffenlieferungen an Frankreich zu veröffentlichen. Gleichzeitig stellte Senator Austin die Forderung, der sich mehrere andere Senatoren angeschlossen, die Verhöre vor dem Militärausschuss künftig in aller Öffentlichkeit abzuhalten. Senator Roe, der dem Ausschuss angehört, erklärte kategorisch, er werde an den Verhören nicht mehr teilnehmen, solange sie geheim seien und nicht sämtliche Akten über die Waffenlieferungen veröffentlicht würden.

Frankreich das Land mit den vielen Grenzen

Ironische Feststellungen des „Popolo d'Italia“

an den Neuherungen Roosevelts

11 Mailand. Der „Popolo d'Italia“ allosiert scharf die Neuherungen, die Präsident Roosevelt vor der Militärausschuss des Senats gemacht haben soll und die in der Weltöffentlichkeit gisfelten. „Die Grenzen der Vereinigten Staaten liegen in Frankreich“. Ueber die Behauptungen des Präsidenten Roosevelt wunderte sich niemand. Frankreich sei, so meint das Blatt ironisch, das Land, das die größte Zahl von Grenzen habe. Auch die Grenze der Tschad-Flowakei habe vor der Münchener Konferenz in Frankreich gelegen; man wisse, welches Ende sie gefunden habe. Die Grenzen Barcelonas seien heute ebenfalls in Frankreich; man wisse, welches Ende das nehmen werde; also sei auch in Frankreich noch Platz für die Grenze der Vereinigten Staaten.

Die Neuregelung der Wahlperiode

des Reichstages

ndj. Berlin. Das von Minister Fried in der Reichstagskammer schon kurz erwähnte Gesetz über die Wahlperiode des Reichstages liegt im Reichstagsdrucker vor. Danach wird der Reichstag auf vier Jahre gewählt. Die Wahlperiode beginnt mit dem Wahltage und endet vier Jahre nach dem ersten Zusammentritt des Reichstages. Spätestens am 30. Tage nach Ablauf der Wahlperiode findet die Neuwahl statt. Neu gegenüber dem bisherigen Recht ist, daß die Wahlperiode nicht schon vier Jahre nach dem Wahltage, sondern erst vier Jahre nach dem ersten Zusammentritt des Reichstages endet.

Spanische Gesandtschaft in Prag ausgeplündert

11 Prag. Die Villa Theresa, in der die spanische Gesandtschaft in Prag untergebracht ist, wurde von dem sowjetischen Geheimdienst, der das Gebäude dem Vertreter des nationalen Spaniens übergeben mußte, vor der Abreise vollkommen ausgeplündert.

Die spanischen Bolschewiken haben alle Möbel, Teppiche, Bilder, Schränke und Kunstgegenstände von hohem Wert nach der Schweiz verschleppt. Interessanterweise hat das Personal der sowjetischen Gesandtschaft mit der Räubung der Villa bereits Ende Oktober begonnen.

800 Meter tief am Matterhorn abgestürzt

Tragischer Tod zweier deutscher Bergsteiger

11 Zermatt. Zwei junge Deutsche, der 29 Jahre alte Erich Hinkel und der 23 Jahre alte Karl Eder, beide aus Saarbrücken, sind gestern nachmittag beim Abstieg vom Matterhorn unterhalb des Gipfels ausgereißt und über die etwa 800 Meter hohe Ostwand auf den Jung-Fletscher abgestürzt, wo sie zerschmettert liegen blieben. Die Beiden waren vor 3 Wochen in Zermatt eingetroffen und zur Schönshühlfütte aufgestiegen. Sie waren mit Proviant für längere Zeit versehen und hatten die Absicht, im Matterhorngebiet verschiedene Besteigungen auszuführen und Film- aufnahmen zu machen.

Am Montag nun wurden sie von Zermatt aus beobachtet, wie sie den Aufstieg zum Matterhorn unternahmen. Nach schwerer Schneearbeit gelangten sie bis zur Solvay-Hütte, die etwa auf halbem Wege zum Gipfel liegt. Sie übernachteten dort. Wahrscheinlich aus Übermüdung setzten sie am Dienstag den Aufstieg nicht fort, sondern blieben den ganzen Tag über in der Hütte. Gestern früh unternahmen sie dann die Besteigung des Gipfels, wo sie nach schwerer Arbeit gegen 13 Uhr anlangten. Bei prächtigem Wetter verweilten sie längere Zeit auf dem Gipfel. Der Abstieg ging ziemlich langsam vonstatten. Die Beiden wurden beobachtet, wie sie bis zur sog. Schutter, etwa ein Viertel unterhalb des Gipfels, abstiegen. Dort kamen sie dann ins Rutschen und stürzten über die Wand in die Tiefe.

Heute Donnerstag ist eine Rettungskolonie zur Bergung der Leichen aufgestiegen.